

ECONOMIC AND SOCIAL QUESTIONS
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND PHILOSOPHIE

**PRODUKTIONSSTRUKTUR
DER INDUSTRIE UND ARBEITSINTENSIVITÄT**

Von

J. WILCSEK

(Eingegangen am 1. Dezember, 1960)

Der Voranschlag für den zweiten Fünfjahrplan wird der Regierung voraussichtlich in einigen Monaten vorgelegt werden. Zu seiner Untermauerung sind die Ministerien und Unternehmen — auf Grund der vom Landesplanungsamt ausgearbeiteten Ausgangsdaten — eben jetzt im Begriffe, ihre eigenen Fünfjahrplan-Voranschläge auszugestalten. Die Planvoranschläge sollen u. a. einzelne, in den Ausgangsdaten noch vorhandene Spannungen beseitigen, Reserven erschließen und die Aufgaben in detaillierterer, fundierterer und konkreter Form fixieren.

Der gegenwärtig in Behandlung befindlichen Phase der Planungsarbeiten kommt u. a. auch insofern erhöhte Bedeutung zu, als sie die Produktionsstruktur der Industrie zu konkretisieren hat. Die Ausgangsdaten bestimmen nicht bloß das Entwicklungstempo der Gesamtindustrie, indem sie für die nächsten fünf Jahre eine Steigerung der Industrieproduktion um rund 41% vorschreiben, sondern legen — nach Industriegruppen geordnet —, auch die vorgesehene Struktur fest. Je eine Industriegruppe umfaßt jedoch stark kumulierte, bei weitem nicht homogene Industriezweige. Obgleich schon die Ausgangsdaten Voranschläge für eine ganze Reihe hervorgehobener Artikel enthalten, wird der Plan für die strukturelle Umstellung der Industrieproduktion letzten Endes erst im Zuge der Ausarbeitung der Planvoranschläge greifbare Gestalt annehmen.

Umstellung der Struktur im zweiten Fünfjahrplan

Bekanntlich sieht der zweite Fünfjahrplan in einzelnen Beziehungen bedeutende strukturelle Umstellungen in der Industrieproduktion vor. Strukturumstellungen gehören übrigens zu den ständigen und notwendigen Prozessen. Als unumgänglich erweisen sie sich um so mehr, als sich auch die Zusammensetzung des ständig steigenden Bedarfes ändert. Der technische Fortschritt läßt neue Bedürfnisse aufkommen und führt zu einer Änderung der Anforderungen an die Industrie, und nicht minder erfordert auch die

internationale Kooperation ständige Umstellungen. Im Sinne der Richtlinien der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei für die Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplanes sind diese Umstellungen auch hinsichtlich des Anteils augenfällig, mit dem die einzelnen Industriegruppen an der Gesamtproduktion beteiligt sind. Bis 1965 wird dieser Anteil im Bergbau von 7,1 Prozent im Jahre 1960 auf 6,3 Prozent im Jahre 1965 zurückgehen, in der Verhüttung unverändert bleiben, in der Energierzeugung hingegen von 3,8 Prozent auf 4,3 Prozent, in der chemischen Industrie von 6,5 Prozent auf 8,5 Prozent und schließlich im Maschinenbau von 27,1 Prozent auf 28,5 Prozent ansteigen. Der Anteil der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie an der Gesamtproduktion wird demgegenüber von 20,3 bzw. 18,8 Prozent auf 19,2 bzw. 16,7 Prozent absinken.

Einen weniger scharfen, immerhin jedoch merklichen Niederschlag findet die zu erwartende strukturelle Umstellung auch in den Voranschlägen für die Belegschaftsanteile. Die Zahl der Werktätigen wird in jeder Industriegruppe zunehmen, besonders steigt sie aber in der chemischen Industrie (von 5,6 Prozent auf 6 Prozent) und in der Maschinenindustrie (von 19,9 Prozent auf 20,7 Prozent) an. Das Ausmaß der Veränderungen in den Belegschaftsanteilen hängt natürlich auch mit der unterschiedlich hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität zusammen. Eben deshalb weist die Belegschaftszahl in der chemischen und in der Maschinenindustrie im Vergleich zur Erhöhung der Gesamtbelegschaftszahl eine geringfügigere Zunahme auf, als nach dem Anwachsen ihrer Anteile an der Gesamtproduktion zu erwarten wäre, u. zw. deshalb, weil die Arbeitsproduktivität den Plänen zufolge in diesen Industriezweigen die größte Steigerung erfahren soll.

Die erwähnten wenigen charakteristischen Merkmale lassen zwar in großen Zügen die Tendenz jener Umstellungen erkennen, die sich in der Struktur der Industrie abspielen werden, doch geben sie natürlich bei weitem kein vollständiges Bild der geplanten Änderungen. Abgesehen von den bekannten Verzerrungen des Indexes für den Gesamtproduktionswert, vermitteln die zur Kennzeichnung der Struktur sonst allgemein benutzten Verhältniszahlen auch deshalb kein getreues Bild der Strukturänderung, weil bedeutende strukturelle Verschiebungen auch in den einzelnen Industriegruppen innerhalb der Industriezweige und in diesen innerhalb der Produktauswahl zu erwarten sind.

Immerhin spiegelt sich in der Verminderung des Gewichtes, das dem Bergbau bisher zugekommen war, im wesentlichen jene vorgesehene bedeutende Änderung in unserer Energiewirtschaft wider, die sich zur Hauptsache im verhältnismäßig rückläufigen Anteil des Energieträgers Kohle an unserer Energieversorgung abzeichnet. Das beträchtliche Anwachsen des Gewichtes der chemischen Industrie ist ein deutlicher Hinweis auf den steigenden Bedarf der sozialistischen Landwirtschaft und auf die Anforderungen, die die Schaf-

fung der Kunststoffbasis stellt. Das Ansteigen des Produktionsanteils der Maschinenindustrie hängt eng mit der Durchführung des großen Rekonstruktionsprogrammes und mit dem ständigen Anwachsen der Ausfuhr zusammen. Im übrigen vermag man sich eben in der Maschinenindustrie lediglich aus den Verschiebungen in den Produktionsanteilen der engeren Branchen und Industriezweige sowie aus den Verschiebungen innerhalb der Produkte eine richtige Vorstellung von jener Umstellung zu machen, die etwa im Zuge der angespannten Förderung der fernmeldetechnischen und der Instrumentenindustrie sowie des Baues von Starkstrommaschinen verwirklicht werden wird.

Strukturänderung und Wirtschaftlichkeit

Die sozialistische Wirtschaft ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß strukturelle Umstellungen bewußt und planmäßig durchgeführt werden. Die Sicherung der richtigen Proportionen und die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit bilden den grundlegenden Gesichtspunkt für jede Änderung der Produktionsstruktur. Die planmäßige proportionelle Entwicklung ist — mit dem Zustandekommen des sozialistischen Weltsystems — zu einem nicht nur im Landesmaßstab, sondern auch im gesamten sozialistischen Lager gültigen Postulat geworden. Die Arbeitsteilung innerhalb des Lagers vermag ihren ändernden Einfluß auf die innerhalb eines Landes sonst objektiv nötigen Proportionen auszuüben, und sie übt ihn auch, besonders in so kleinen Ländern, wie es auch Ungarn ist, in der Tat aus. Die Festlegung der richtigen Proportionen — und damit auch die Ausgestaltung der Produktionsstruktur der Industrie — kann richtig nur unter voller Berücksichtigung der Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers durchgeführt werden.

Die planmäßige proportionelle Entwicklung hängt aufs engste mit der Geltendmachung des Wirtschaftlichkeitsprinzips zusammen. Die internationale Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers macht es nämlich im Interesse des gesamten Lagers und jedes einzelnen Landes vernünftigerweise erforderlich, daß sich der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit strengstens durchsetze.

Die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Produktionsstruktur und ihrer allfälligen Umstellung bildet ein verwickeltes, komplexes Problem. Die geeignete Klarstellung der grundsätzlichen methodologischen Grundlagen für derartige Wirtschaftlichkeitsberechnungen stellt eine durchaus nicht leichte, von den marxistischen Ökonomen noch zu lösende Aufgabe dar. Die günstigste und wirtschaftlichste Struktur müßte im Grunde genommen anhand von Optimumberechnungen ermittelt werden, doch sind die Kriterien des Optimums noch ungeklärt. Von ihrer Wahl aber wird es abhängen, welche Art der Struktur als günstigste anzusehen ist. Es bleibt also ein wichtiges

Problem, welche der vielen möglichen Kriterien zur Bestimmung der Produktionsstruktur *in erster Linie* in Frage kommen.

Um die Richtlinien für die Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplanes konsequent zur Geltung bringen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die der Wirtschaftspolitik der Partei entgegengesetzten, falschen oder einseitigen Ansichten, die im Zusammenhang mit den Problemen der Umstellung der Produktionsstruktur auftauchen mögen, theoretisch zu analysieren und durch offene Kritik zu entwerfen. Darüber hinaus wird es nötig sein, einzelne für die praktische Planungsarbeit wünschenswerte — bei der Konkretisierung der Produktionsstruktur mit Nutzen anwendbare — Gesichtspunkte und Kriterien grundsätzlich abzuklären.

Struktur und Nationaleinkommen

Es kann die Ansicht auftauchen, die strukturelle Umstellung der Industrieproduktion sei als optimal anzusehen, wenn sie ein maximales Ansteigen des Nationaleinkommens gewährleistet. Bekanntlich erfolgt jedoch die Bildung der Preise für Produktionsmittel und Konsumartikel in unserem Preissystem — selbst nach der im Jahre 1959 durchgeführten Reform der Großhandelspreise — nach unterschiedlichen Methoden, und ebenso ist die disproportionierte Verteilung des gesellschaftlichen Reineinkommens in den Preisen eine bekannte Tatsache. Aus diesem Grunde kann die zu Inlandspreisen berechnete maximale Erhöhung des Nationaleinkommens keineswegs als charakteristisches Kriterium für die Wirtschaftlichkeit der Strukturänderung herangezogen werden, da doch diese Erhöhung weitgehend vom Preissystem abhängt. Wollte man in unserem gegenwärtigen Preissystem das zu Inlandspreisen berechnete maximale Ansteigen des Nationaleinkommens als Kriterium des Optimums akzeptieren, dann müßten mit allen Kräften einzelne, auf die Erzeugung von Konsumgütern eingestellte Industriezweige gefördert werden.

Doch selbst dann, wenn wir über ein System ausgesprochen wertproportionierter Preise verfügten, ließe sich über die Optimalisierung der Produktionsstruktur auf Grund des zunehmenden, *zu Inlandspreisen berechneten* Nationaleinkommens streiten.

Stellt nämlich ein Land seine industrielle Struktur etwa in der Weise um, daß es bei Aufrechterhaltung der vorhandenen Kapazitäten einen völlig unzeitgemäßen Industriezweig fördert, dann erscheint diese Förderung bzw. Strukturänderung — ein System wertproportionierter Preise vorausgesetzt — auf Grund der maximalen Erhöhung des Nationaleinkommens als unbedingt wirtschaftlich, selbst wenn die Erweiterung der Kapazität auf dem erwähnten rückständigen technischen Niveau erfolgte, ist doch scheinbar das im

unzeitgemäßen Industriezweig produzierte und realisierte Nationaleinkommen zu wertproportionierten Preisen höher, als hätte man dasselbe Produkt nach neuzeitlichen Methoden hergestellt; überdies beansprucht es noch geringere Investitionen. In Wahrheit könnten demgegenüber — Exportmöglichkeiten vorausgesetzt — bei Förderung eines modernen Industriezweiges die Erzeugnisse des unzeitgemäßen Industriezweiges für weniger arbeitsintensive Produkte aus dem Ausland bezogen werden, die Förderung des unzeitgemäßen Industriezweiges ist also trotz des ausgewiesenen stärkeren Anstiegens des Nationaleinkommens ungünstig.

Investitionsbedarf und Beschäftigungsgrad

Die kapitalistische Wirtschaft strebt nach einem möglichst hohen Profit, die sozialistische Wirtschaft dagegen nach einer je vollkommeneren Befriedigung der Bedürfnisse und zu diesem Zweck nach der Schaffung möglichst vieler Gebrauchswerte. Und stellt auch der sozialistische Produktionsprozess einen Werte bildenden Vorgang dar, so ändert diese Tatsache nichts am Vorrang der Produktion von Gebrauchswerten. Die verschiedenen Gebrauchswerte lassen sich jedoch nur mit Hilfe von Wertmessern auf einen gemeinsamen Nenner bringen, und dies führt leicht zu dem falschen Anschein als käme die Ausweitung des Wertvolumens einem gleich großen Anwachsen, der Gebrauchswert-Masse gleich. Abgesehen davon, daß sich der Wert in Wirklichkeit mit der Änderung des erforderlichen Aufwandes an gesellschaftlicher Arbeit ständig ändert, ist es selbst dann nicht möglich, die Änderung des Wertbetrages als Ausdruck der wirklichen Änderung der Gebrauchswert-Masse anzusehen, wenn man die den Wert in Geld ausdrückenden Preise als unverändert betrachtet. (Es mag hier vielleicht genügen, darauf hinzuweisen, wie problematisch die richtige Festlegung der unveränderten Preise für neue Produkte ist, sowie auf jene sonstigen Gründe zu verweisen, die Ungarn im Jahre 1959 zur Abschaffung der unveränderten Preise veranlaßten.)

Die Hervorbringung der maximalen Gebrauchswert-Masse erfordert eine möglichst volle Beschäftigung der Arbeitskräfte und einen möglichst hohen Stand der Arbeitsproduktivität. Die Masse der Gebrauchswerte nimmt zu, wenn die Zahl der in der Produktion Tätigen — bei unveränderter Arbeitsproduktivität — ansteigt, oder wenn — allenfalls auch bei unveränderter Beschäftigtenzahl — die Arbeitsproduktivität gesteigert wird. In der Praxis der sozialistischen Länder kommt es zur Steigerung der Masse von Gebrauchswerten — d. h. der Produktion —, wenn die Beschäftigtenzahl anwächst und gleichzeitig, parallel damit die Arbeitsproduktivität steigt.

Die natürlichen Schranken, die der Erhöhung der Beschäftigtenzahl gesetzt sind, treten in den sozialistischen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit

keit ein für allemal liquidiert ist, besonders augenfällig in Erscheinung, wegen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität grundsätzlich unbeschränkte Möglichkeiten bestehen.

Dennoch gibt es (über die Einstellung der neuen Altersklassen hinaus) auch anderweitige Möglichkeiten zur Ausweitung der Beschäftigtenzahl, u. zw. in erster Linie durch die — zu entsprechenden Bedingungen erfolgende — Einbeziehung weiterer Schichten der im Haushalt tätigen Frauen in den Arbeitsprozeß. Praktisch läuft auch die Umleitung jener Arbeitskräfte in die Industrie auf eine Erhöhung des Beschäftigtenstandes hinaus, die durch die sozialistische großbetriebliche Umgestaltung der Landwirtschaft frei werden, zumal die Arbeitskraft in der Industrie gleichmäßiger benutzt werden kann als in der Landwirtschaft.

Falsch wäre übrigens die Fragestellung, ob die Produktionssteigerung richtiger durch Erhöhung der Beschäftigtenzahl oder durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen ist, denn diese vermag zwar Möglichkeiten zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl zu schaffen, dagegen bietet die Erhöhung der Beschäftigtenzahl an sich noch keine Möglichkeit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Falsch wäre aber eine derartige Fragestellung auch deshalb, weil es in der sozialistischen Wirtschaft weder zu einem Gegensatz zwischen Produktivitätssteigerung und Beschäftigungsgrad kommen, noch auch die Herabsetzung des Beschäftigungsgrades ein Mittel zur Förderung der Volkswirtschaft sein kann. Fraglich kann es bloß sein, in welchem Ausmaß man zweckmäßig die Zahl der Beschäftigten erhöhen soll, bzw. ob sie überhaupt erhöht werden kann.

Wollten wir unsere Investitionsmöglichkeiten ausschließlich danach beurteilen, wie man mit ihnen den höchstmöglichen Beschäftigungsgrad erzielen könnte, dann müßte die Förderung jener Industriezweige bevorzugt werden, die den niedrigsten spezifischen Investitionsbedarf haben. Ist es aber möglich und richtig, bei der Ausgestaltung der Produktionsstruktur den maximalen Beschäftigungsgrad als einziges Kriterium anzusehen? Wäre es tatsächlich zweckmäßig und wirtschaftlich, sich auf eine Entwicklung, bzw. auf eine Struktur zu verlegen, die einzig und allein auf der möglichsten Herabsetzung der auf die Schaffung eines Arbeitsplatzes entfallenden Kosten beruht? Eine derartige einseitige »Entwicklung« würde unbedingt zu schädlichen Disproportionen führen, die ebenso unbedingt behoben werden müßten, weil die Industrieförderung ihren Zusammenhang mit den Bedürfnissen und mit den objektiven Beziehungen zwischen den Wirtschaftszweigen verlöre, weil die Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit unbeachtet blieben u. v. a. m.

Freilich darf es bei der Planung der Volkswirtschaft und der industriellen Struktur keineswegs versäumt werden, auch die Gesichtspunkte des Investitionsbedarfes sowie des Beschäftigungsgrades abzuwägen. So können wir uns beispielsweise keineswegs auf die Ausgestaltung einer Produktions-

struktur einlassen, die eine unsere Kräfte übersteigende Investition erforderlich machen würde. Offenbar dürfen wir auch den Beschäftigungsgrad nicht verschlechtern, im Gegenteil, wir werden bestrebt sein müssen, ihn ständig zu verbessern, zumindest so weit, als dies vor allem durch die Voraussetzungen für die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß ermöglicht wird. Andererseits kann der Beschäftigungsstand niemals vom Niveau der Arbeitsproduktivität losgelöst werden. Die gemeinsame Erhöhung sowohl der Beschäftigtenzahl als auch der Arbeitsproduktivität stellt eine dialektisch zusammenhängende Forderung dar. Eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität gestattet nämlich auch die Herabsetzung der Arbeitszeit, die ihrerseits die Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften an den vorhandenen, unveränderten Produktionsanlagen ermöglicht.

Würde also etwa die Alternativfrage aufgeworfen, ob man bei gleichen Investitionskosten mehr Arbeitsplätze schaffen solle oder weniger Arbeitsplätze mit hoher Arbeitsproduktivität, dann ließe sich eine derartige Frage auch vom Blickwinkel des Beschäftigungsgrades aus nur nach weiteren Untersuchungen beantworten. Eine Investition, die eine gesteigerte Arbeitsproduktivität ermöglicht, vermag bei verkürzter Arbeitszeit auch vom Gesichtspunkt des Beschäftigungsgrades wirksamer zu sein als eine Investition, die eine niedrigere Produktivität zur Folge hat, aber mehr Arbeitsplätze schafft. Hieraus folgt jedoch, daß die Herabsetzung des Investitionsbedarfs auf ein Minimum selbst vom Gesichtspunkt des Beschäftigungsgrades aus keineswegs das richtige Kriterium des wirtschaftlichen Optimums der Produktionsstruktur darstellt.

Die Möglichkeiten einer Umstellung der Produktionsstruktur hängen gleicherweise von der Nutzbarmachung vorhandener, aber brachliegender Kapazitäten und von den Investitionen ab. Die Dienstbarmachung unausgenutzter Kapazitäten gestattet eine Umstellung der Struktur auch ohne Investitionen. Damit erzielt man im allgemeinen auch eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades. Wenngleich die bessere Ausnutzung der Kapazitäten der Volkswirtschaft bedeutende Vorteile einträgt (schnellerer Umschlag der Produktionsmittel, Selbstkostensenkung, geringere Gefahr des moralischen Verschleißes), kann doch nicht eindeutig behauptet werden, daß die Umstellung der Produktionsstruktur durch bessere Ausnutzung der Kapazitäten unbedingt wirtschaftlich sei. Diese Behauptung läßt sich mit vielen Beispielen belegen. Die zunehmende Ausnutzung moralisch veralteter, unzeitgemäßer Anlagen vermag sich geradezu unwirtschaftlich auszuwirken. Die Ausnutzung unverhältnismäßig großer Kapazitäten beschleunigt den Umschlag der Produktionsmittel bloß scheinbar, da überflüssige Vorräte entstehen, die weitere Mittel binden. Auch die Lage auf dem Weltmarkt vermag es mitunter zu begründen, daß man vorhandene, allenfalls gar nicht unzeitgemäße Kapazitäten vorübergehend brachliegen läßt.

All dies steht keineswegs im Widerspruch mit der vernünftigen Forderung nach möglichst restloser Ausnutzung der Kapazitäten. Dagegen kann es besonders bei nicht konvertierbaren Kapazitäten eine ganze Reihe von Umständen sogar wirtschaftlicher erscheinen lassen, einzelne nicht voll auszunutzen. Hierauf muß schon deshalb ausdrücklich hingewiesen werden, weil man in der Planung auf Schritt und Tritt die sonst berechnete und natürliche Forderung antrifft, man sollte statt der Schaffung neuer Kapazitäten die volle Ausnutzung der vorhandenen anstreben. Dieses Prinzip wird man jedoch vernünftigerweise und mit dem Blick auf die Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit nur dann *restlos* verwirklichen können, wenn es in der Volkswirtschaft im allgemeinen und bei den Produktionskapazitäten im besonderen niemals Disproportionen gäbe. Gewisse Disproportionen lassen sich aber auch in der sozialistischen Wirtschaft nicht ganz vermeiden.

Wenn wir von der Herstellung einer möglichst großen Gebrauchswert-Masse sprechen, denken wir stets an *notwendige* Gebrauchswerte. Aus diesem Grunde muß man sich bei Entscheidungen über die Ausnutzung vorhandener Kapazitäten gleichfalls von der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse leiten lassen, wobei man freilich auch zu beachten hat, daß diese häufig nicht bloß für sich allein, sondern nur im Zusammenhang mit dem Preis beurteilt werden können. Ein Produkt, wofür zu einem gewissen Preis »kein Bedürfnis« besteht, kann zu einem billigeren Preis sehr wohl zu einem »Bedürfnis« werden. Das Bedürfnis ist also kein absoluter, sondern ein relativer Begriff. Die Heranziehung ungenutzter Kapazitäten hängt mithin eng mit den Preisen zusammen.

Läßt sich eine Umstellung der Produktionsstruktur auch durch intensivere Kapazitätsausnutzung erreichen, so kann sie selbst dann größere Vorteile bieten als die Schaffung neuer Kapazitäten in anderen Industriezweigen, wenn die Vorbedingungen für sie erst durch eine Preissenkung geschaffen werden müssen. Allerdings ist dieser Vorteil nicht unbedingt, denn offenbar hat jede Preissenkung eine Grenze, über die hinaus die Ausnutzung vorhandener Kapazitäten nicht oder weniger wirtschaftlich ist als die Schaffung neuer Kapazitäten.

Produktionsstruktur und Rohstoffimport

Ungarn ist ein rohstoffarmes Land, eine Tatsache, auf die sich die recht verbreitete Ansicht stützt, seine Produktionsstruktur sei dann am günstigsten, wenn man im Lande unter Verwendung möglichst geringer Mengen importierter Rohstoffe möglichst arbeitsintensive Produkte erzeugt. Es gibt also eine Anschauung, die das wirtschaftliche Optimum durch Steigerung der Arbeitsintensivität auf ein Maximum annähern zu können glaubt.

Für Ungarn bildet der Rohstoffimport eine unausweichliche Notwendigkeit. Wenn auch zur Ausweitung seiner eigenen Rohstoffbasis noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, so ist dennoch bei dem heutigen Stand der Technik und der Wissenschaft eine Industrieförderung in Ungarn ohne Intensivierung der Rohstoffimporte undenkbar. Wollte man sich hier ausschließlich auf die eigene, inländische Rohstoffbasis stützen, dann würde dies eine gänzlich unhaltbare Struktur zeitigen, ganz zu schweigen davon, daß es den industriellen Aufschwung des Landes weitgehend hemmen würde.

Teils erfordern, teils ermöglichen es die internationale Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers sowie die im Ausbau begriffenen Beziehungen zu den aus kolonialer Knechtschaft nach und nach emporstrebenden, wirtschaftlich jedoch noch minderentwickelten Ländern, unsere Rohstoffimporte zu steigern. Die Einschränkung der Rohstoffimporte »um jeden Preis« deutet auf eine anachronistische Auffassung hin, deren Ursprung, die früheren falschen autarkischen Bestrebungen, zum Glück bereits der Vergangenheit angehören. In zunehmendem Maße entfaltet sich Ungarns Einschaltung in den internationale Arbeitsteilung vor allem im Rahmen des sozialistischen Lagers. Sie ist es, die die mächtige Ausweitung des Handels zwischen den sozialistischen Ländern und — in erster Linie mit Unterstützung der Sowjetunion — auch die beachtliche Steigerung unserer Rohstoffimporte ermöglicht. Heute läßt sich auch deutlich das Versagen der früher von den imperialistischen Ländern geübten diskriminierenden Politik erkennen. Was aber unsere Exportfähigkeit angeht, so liegt ihre Sicherung in erster Reihe an uns. Keinesfalls dürfen wir uns damit abfinden, daß die Produkte einzelner, nachgerade traditioneller und auf dem Weltmarkt bestens bekannter Industriezweige mit dem Fortschritt auf der Welt nicht Schritt halten.

Die Drosselung der Rohstoffimporte kann also nicht jener Gesichtspunkt sein, nach dem wir uns beim Aufbau unserer Industriepolitik richten sollten, und der die optimale Produktionsstruktur unserer Industrie entscheidend und allein für sich zu bestimmen vermöchte. Freilich will dies nicht heißen, daß der eigenen Rohstoffbasis nicht die größte Bedeutung beizumessen sei. Das Fehlen der eigenen Rohstoffbasis kann einen triftigen Grund dafür abgeben, daß der Ausbau einzelner Industriezweige versäumt wird, und beeinflußt notwendigerweise das Optimum der industriellen Struktur. Von der Wirtschaftlichkeit her gesehen, fallen vor allem nicht der Ursprung des Rohstoffes entscheidend ins Gewicht, sondern die durch den Transport zu überbrückende Entfernung, die mit dieser mehr oder weniger verhältnismäßig anwachsenden Transportkosten sowie das Niveau der ungarischen Arbeitsproduktivität im Vergleich zum internationalen Durchschnitt.

Vielfach hält man es für nötig, die Zunahme unserer Rohstoffimporte zu bremsen, und dies mit der Begründung, unser Export (und Import) habe im Vergleich zum Nationaleinkommen schon jetzt einen unverhältnismäßig

großen Umfang angenommen. Diese Begründung ist aber in mehrfacher Beziehung irrig. Das ungarische Außenhandelsvolumen ist — gemessen am Nationaleinkommen —, tatsächlich hoch, wenn man es etwa mit dem der Sowjetunion vergleicht. Ein derartiger Vergleich zieht jedoch die grundlegend verschiedenen Größen der beiden Länder nicht in Betracht. Die Sowjetunion verfügt über nahezu sämtliche Arten von Rohstoffen, und das mächtige Land hat die Möglichkeit, jedweden Industriezweig auszubauen. Ungarns Außenhandel läßt sich richtig lediglich mit dem Außenhandel ähnlich großer und auf einem ähnlichen Entwicklungsstand stehender Länder vergleichen. Eine solche Gegenüberstellung aber beweist, daß das Volumen unseres Außenhandels keineswegs als überproportioniert bezeichnet werden kann. Den Unterlagen Z. KENESSEYS zufolge (»Die Bedeutung des Außenhandels im Wirtschaftsleben der kapitalistischen Länder«. »Aussenhandel« 2, 1957) übersteigt die Pro-Kopf-Exportquote im benachbarten Österreich die ungarische Vergleichsziffer um rund 60 Prozent, während die gleiche Quote in der Schweiz, in Holland, Schweden und Dänemark um rund 300 Prozent höher liegt als in Ungarn.

Zugunsten einer Drosselung der Rohstoffimporte argumentiert man ferner damit, daß wir mit steigenden Importen auch zu einem zunehmend unwirtschaftlichen Export gezwungen sind. Aber auch diese Feststellung ist nur beschränkt richtig, ist es doch durchaus möglich, daß sich eine neu zu schaffende Kapazität selbst dann als wirtschaftlich erweist, wenn wir den zu ihrer Ausnutzung erforderlichen Import mit einem relativ weniger wirtschaftlichen Export begleichen, wenngleich es natürlich vorkommen kann, daß sich die Ausweitung des Exportes durch die aus dem Import herrührenden Vorteile nicht kompensieren läßt.

Freilich muß der aus kapitalistischen Ländern stammende Rohstoffimport verständlicherweise anders beurteilt werden. Über die streng gedeuteten Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit hinaus wird es fallweise auch einer besonderen Überlegung bedürfen, ob es zweckmäßig ist, auf die aus kapitalistischen Ländern stammenden und somit in jeder Beziehung ungewisseren Rohstoffimporte Kapazitäten zu basieren. Soweit aber die bessere Ausnutzung vorhandener Kapazitäten zusätzliche Importe aus kapitalistischen Ländern bedingt, und soweit auch tatsächlich ein Bedürfnis nach erhöhter Produktion besteht, wird es wünschenswert sein, die Entscheidungen gleichfalls nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit zu treffen.

Die Erweiterung der Rohstoffimporte muß notwendigerweise mit einer Steigerung der Ausfuhren einhergehen, weil es sonst unmöglich wäre, die Ausgeglichenheit der internationalen Zahlungsbilanz zu wahren. Die Intensivierung der Exporte aber ist an sich nicht schädlich, sondern im Gegenteil nützlich, insbesondere für ein kleines Land, in dem es eben der Export ist, der die Wirtschaftlichkeit der Produktion zu verbessern, die Arbeitsproduktivität

zu steigern und in zunehmendem Maße zu Massenfertigungsmethoden überzugehen gestattet. Hieraus folgt natürlich nicht, daß *jede* Exportausweitung auch tatsächlich wirtschaftlich ist, doch ist der Rückschluß gerechtfertigt, daß wir uns als Grundsatz nicht die Drosselung der Importe um jeden Preis, sondern die wirtschaftliche und möglichste Ausweitung des Exportes zum Ziele setzen müssen.

Arbeitsintensivität und Lohnniveau

Im Zusammenhang mit unserer Rohstoffarmut wird — wie bereits erwähnt —, häufig die Ansicht vertreten, das wirtschaftliche Optimum der Produktionsstruktur sei in der Steigerung der Arbeitsintensivität auf ein Maximum zu suchen. Zur Klärung der Frage wird es zweckmäßig sein, den Begriff der Arbeitsintensivität des näheren zu untersuchen.

Offenbar wird es niemand als erstrebenswertes Ziel ansehen, den Arbeitsaufwand zu erhöhen, der zur Erzeugung eines durch konkrete technische Kennziffern bestimmten Produktes erforderlich ist, im Gegenteil, bei einem gegebenen Produkt wird man stets bemüht sein, den Arbeitsaufwand zu vermindern, kommt doch die Herabsetzung der Arbeitsintensivität des Produktes der Steigerung der Arbeitsproduktivität gleich. Für wünschenswert hält man die Erhöhung der Arbeitsintensivität der *Produktionsstruktur*, wobei man gleichfalls die Herabsetzung der Arbeitsintensivität des Einzelproduktes voraussetzt, die Struktur hingegen insofern eine Änderung erfahren soll, als man im Vergleich zum früheren Zustand jenen Erzeugnissen ein Übergewicht einräumen will, die einen höheren Arbeitsaufwand erfordern.

Bei einem Vergleich der Arbeitsintensivität verschiedener Produkte hat man die hochgradige und stets weiter zunehmende gesellschaftliche Arbeitsteilung in Betracht zu ziehen, als deren Folge die einzelnen Produktionsphasen eine zunehmende Differenzierung erfahren. Die tatsächliche Arbeitsintensivität eines Endproduktes läßt sich mithin nur dann beurteilen, wenn man den in sämtlichen Produktionsphasen aufgewendeten Arbeitsaufwand summiert. Wollte man diese Aufgabe durchführen, dann würde sich daraus die Folgerung nach einer unmittelbaren Registrierung des Arbeitszeitaufwandes ergeben, für die aber gegenwärtig in den meisten Industriezweigen keine Möglichkeit besteht. Der Vergleich der Arbeitsintensivitäten einzelner Erzeugnisse läßt sich mithin offenbar nur nach mittelbaren und mithin notwendigerweise in gewissem Umfang ungenauen Methoden durchführen.

Um die unterschiedliche Arbeitsbedürftigkeit verschiedener Produkte beurteilen zu können, müßte man von den naturgegebenen Arbeitsstücken bzw. vom Import ausgehen und prüfen, welchen Gesamtarbeitsaufwand in Ungarn die Verarbeitung des naturgegebenen Arbeitsstücke und der importierten Arbeitsstücke zu Produkten erfordert, die sich zum Inlandsverbrauch

oder zum Export eignen, ferner wie sich der gesamte inländische Arbeitsaufwand anteilmäßig zu jener Menge vergangener Arbeit verhält, die im benötigten Importmaterial vergegenständlicht ist. Für gewöhnlich deutet man jedoch den Begriff »Arbeitsintensivität« nicht in diesem Sinne, sondern zieht bei der Erfassung der benötigten Arbeit nur die Aufwendungen an lebendiger Arbeit in jenem Betrieb in Betracht, von dem der Ausstoß des Produktes erfolgt. Dementsprechend läßt man beispielsweise außer acht, wieviel frühere, in den Grundmitteln vergegenständlichte Arbeit bei der Verarbeitung der Grundstoffe zu Fertigproduktion verbraucht wurde. Hieraus folgt aber, daß der Aufwand an lebendiger Arbeit relativ um so niedriger liegt, und daß damit das Produkt um so weniger arbeitsintensiv ist, in je höherem Umfang die Produktion mechanisiert ist.

Bevor wir uns einer eingehenderen Untersuchung über die Zunahme der Arbeitsintensivität der Produktionsstruktur vom Blickwinkel ihrer wirtschaftlichen Auswirkung und insbesondere der Wirtschaftlichkeit aus zuwenden, scheint es zweckmäßig, vorweg zwei Fragen abzuklären.

Die erste Frage steht in engem Zusammenhang mit dem System der Plan-Kennziffern. Setzt man voraus, die arbeitsintensivere industrielle Produktionsstruktur sei für die Volkswirtschaft günstiger, wirtschaftlicher und vorteilhafter, dann müßte dies die Forderung auftauchen lassen, zur Ausgestaltung einer derartigen Struktur über die zentralen Vorschriften hinaus auch das System der Plan-Kennziffern sowie die Anspornung und die wirtschaftlichen Hebel in Anspruch zu nehmen. Gegenwärtig aber, da wir das Niveau der Arbeitsproduktivität an dem auf einen Arbeiter entfallenden Produktionswert messen, wirken sich sowohl das System der Plan-Kennziffern als auch die wirtschaftliche Anspornung gegen die Ausbildung einer arbeitsintensiveren Struktur aus. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß die auf einen Arbeiter entfallende durchschnittliche Produktion absinkt, wenn die Arbeitsintensivität der Produktionsstruktur zunimmt, so daß man also schlechtere Kennziffern erhält und zu einer Erschwerung der Planerfüllung gelangt. Die arbeitsintensivere Produktion benötigt einen höheren Personalstand und höhere Lohnfonds. Wäre also die arbeitsbedürftigere Struktur tatsächlich wirtschaftlicher, dann müßte man das System der Kennziffern in der Weise abändern, daß es die Entwicklung nach dieser Richtung fördere und nicht behindere. Als Lösung käme etwa die Messung der auf einen Arbeiter entfallenden Produktion mit dem Index fester Struktur, also die Erfassung der Auswirkung einer Strukturumstellung in Frage. Die Beibehaltung der heutigen Methode zur Messung der Produktivität hingegen würde die Entwicklung in Richtung einer arbeitsintensiveren Struktur in jeder Weise behindern.

Die zweite Frage, die vorweg abgeklärt werden müßte, betrifft den Zusammenhang zwischen Arbeitsintensivität und Lohnniveau auf der einen und Wirtschaftlichkeit und internationaler Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen

Seite. Es gibt Ansichten, die da behaupten, die Erzeugung arbeitsbedürftiger Produkte sei deshalb vorteilhafter, weil die ungarische Industrie auf Märkten mit relativ höherem Lohnniveau um so wettbewerbsfähiger sei, je arbeitsintensivere Produkte sie exportiere. Meines Erachtens ist jedoch diese Auffassung irrig und geeignet, eine unrichtige, d. h. eine Orientierung in Richtung der Ausgestaltung einer unwirtschaftlichen Produktionsstruktur zu begünstigen.

Niemand wird bestreiten, daß das Reallohniveau in Ungarn gegenwärtig niedriger liegt als in einzelnen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, eine Tatsache, die auf unsere gegenwärtig noch bestehende und in vielen Industriezweigen nicht unwesentliche Rückständigkeit in der Produktivität zurückzuführen ist. Ebenso irrig wäre es aber, anzunehmen, das niedrige Lohnniveau erhöhe die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie ganz allgemein, man müßte also der Erzeugung arbeitsintensiverer Produkte den Vorrang geben.

Der Warenaustausch im Außenhandel wickelt sich nämlich zu Preisen ab, die den internationalen Warenwerten (bzw. den Produktionspreisen) entsprechen, oder um diese schwanken. Einen gleichwertigen Austausch vorausgesetzt, gestaltet sich also für Ungarn jene Außenhandelsstruktur am günstigsten, in der die Produktivität der auf die Exportprodukte aufgewandten nationalen Arbeit im Vergleich zum Weltniveau den höchsten, hinsichtlich der Importgüter hingegen den niedrigsten Stand aufweist. Das Lohnniveau ist für die Beurteilung irrelevant.

Ist die ungarische Arbeitsproduktivität in dem einen Industriezweig dem Weltniveau gegenüber relativ rückständiger als in einem anderen, dann bietet der Export des in Rede stehenden Industriezweiges keineswegs größere Vorteile, vielmehr gelangt man eher zu ungünstigeren Ergebnissen, wenn man das Produkt von einer höheren Fertigungsstufe weg exportiert bzw. bis zu dieser bearbeitet, oder wenn man das Sortiment in Richtung der arbeitsintensiveren Produkte verschiebt. Wegen der auch relativ niedrigeren Produktivität ist nämlich die gesteigerte Erzeugung arbeitsintensiverer Produkte lediglich geeignet, jenen Verlust zu erhöhen, der sich im Zuge eines auf der internationalen Produktivität fußenden Warenaustausches ergibt. Zumindest vermindert sich der auf die Einheit der aufgewandten Arbeit entfallende durchschnittliche Devisenertrag, womit die Bevorzugung der Ausfuhr arbeitsintensiverer Produkte sinnlos wird.

Das Reallohniveau hängt von der Arbeitsproduktivität und vom Umfang der Akkumulation ab, sein allfälliger niedrigerer Stand kann mithin bloß eine Folge der niedrigeren Arbeitsproduktivität oder der höheren Akkumulation sein. Folgerichtig wird also selbst bei verhältnismäßig niedrigem Reallohniveau nur die gesteigerte Produktion und der forcierte Export jener Produkte wirtschaftlich sein, bei dem die Arbeitsproduktivität, am Weltmaßstab gemessen, den höchsten Stand aufweist.

Die Methoden der Steigerung der Arbeitsintensivität

Um die Zunahme der Arbeitsintensivität der industriellen Struktur vom Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen Auswirkung und vor allem vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus analysieren zu können, wird man zweckmäßig jene Gegebenheiten prüfen, die zu einer Steigerung der Arbeitsintensivität führen können. Für die Erhöhung der Arbeitsintensivität der Produktionsstruktur bieten sich dreierlei Möglichkeiten:

1. Zunehmende Erzeugung von Produkten, zu deren Fertigung es bloß geringfügiger Mechanisierung bedarf;

2. Verarbeitung von Roh- bzw. Grundstoffen bis zu einer möglichst hohen Fertigungsstufe;

3. Aus einem gegebenen Grundstoff die Fertigung eines Sortiments, das verhältnismäßig die größte Menge angewandter Arbeit enthält.

Ad 1. Die Umstellung der Produktionsstruktur auf die Fertigung gesteigerter Mengen von Produkten, die im wesentlichen von Hand oder mit geringfügiger Mechanisierung erzeugt werden können, vermag nur dann wirtschaftlich zu sein, wenn es sich um eine Produktion handelt, die auch in anderen Ländern nur mit derselben Technologie vor sich gehen kann. In diesem Fall kann es etwa deshalb zu einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit kommen, weil die Produktivität der ungarischen Arbeit — als Folge der Anwendung gleicher Technologien — relativ hoch zu sein vermag.

Wollte man aber hier nach primitiven Methoden Produkte herstellen, die man in industriell hoch entwickelten Ländern nach modernen Verfahren maschinell erzeugt, dann würde man offenbar eine unvernünftige Steigerung der Arbeitsintensivität verwirklichen. Eine derartige Erhöhung der Arbeitsintensivität wäre unwirtschaftlich, denn für viele ungarische bekämen wir im Tausch nur wenig ausländische Arbeit.

Zu bemerken wäre auch noch, daß die fortschreitende Entwicklung in zunehmendem Maße die Möglichkeiten einengt, zum Aufbau einer arbeitsintensiveren Struktur Produkte in größerer Zahl ausfindig zu machen, die sich ohne sonderliche Mechanisierung wirtschaftlich herstellen lassen. Andererseits finden sich auch im Zeitalter der Automatisierung allenthalben auf der Welt Produkte, die nur individuell erzeugt werden können.

Die zunehmende Fertigung derartiger, nur individuell herzustellender Produkte mag deshalb Vorteile in sich bergen, weil wir auf diesem Gebiet das Weltniveau der Arbeitsproduktivität leichter erreichen oder zumindest annähern können, keineswegs aber deshalb, weil das Produkt arbeitsintensiv ist.

Auch dann vermag sich die forcierte Herstellung solcher Güter als wirtschaftlich zu erweisen, wenn diese Güter relativ wenig arbeitsintensiv sind, und umgekehrt kann sie unwirtschaftlich sein, trotzdem die Fertigung einen

großen Arbeitsaufwand benötigt. Die Wirtschaftlichkeit wird eben durch die am Weltdurchschnitt gemessene Höhe der Arbeitsproduktivität bestimmt.

Ad 2. Die Produkte können von unterschiedlichen Fertigungsstufen aus in den Verkehr gelangen. Die Arbeitsintensivität der Struktur wird gesteigert werden können, wenn man danach strebt, die Produkte bis zu einer möglichst hohen Fertigungsstufe zu verarbeiten, sie also im Inlandsverkehr zum unmittelbaren Verbrauch geeignet zu machen, im internationalen Verkehr hingegen sie in einem möglichst unfertigen Zustand zu importieren und von einer tunlichst hohen Fertigungsstufe aus zu exportieren. Offen bleibt freilich auch dann die Frage, ob die Erhöhung der Arbeitsintensivität in diesem Sinne unbedingt als vorteilhaft und wirtschaftlich bezeichnet werden kann. Das Problem ist zum Teil auch mit jener gewichtigen Frage verknüpft, wie es anzustellen ist, daß man im Streben nach einer möglichst vollkommeneren und möglichst weitgehenden Ausnutzung der Rohstoffe — besonders der Importmaterialien — relativ geringe Importe mit Einsatz eines möglichst hohen inländischen Arbeitsaufwandes weiterverarbeiten (veredeln) könnte.

Will man mit dem Problem ins reine kommen, dann liegt ein Hinweis auf die Außenhandelsbelange auf der Hand. So fragt es sich beispielsweise, ob es unbedingt von Vorteil ist, Eisenerz zu importieren und fertige Maschinen zu exportieren, oder ob ein Import und Export in den Zwischenphasen der Verarbeitung nicht wirtschaftlicher wäre. Im letzteren Falle würde sich die Arbeitsintensivität der Produktion allerdings vermindern.

Wie bereits früher erwähnt, vertritt man meines Erachtens eine irrige Ansicht, wenn man sich unabhängig von Wirtschaftlichkeitserwägungen im obigen Sinne die Erhöhung der Arbeitsintensivität um jeden Preis zum Ziele setzt. Bereits beim Import müßte der Gesichtspunkt zur Geltung kommen, daß es in jeder Produktionsphase die Wirtschaftlichkeitsberechnungen allein sein können, die darüber entscheiden, ob dem Import oder der Erzeugung im Inland der Vorrang zu geben ist. Würde beispielsweise eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung nachweisen, daß es vorteilhafter wäre, Roheisen statt Eisenerz zu importieren, dann wäre es falsch, bloß deshalb auf der Eisenerzeinfuhr zu bestehen, weil dann die Verarbeitung von einer niedrigeren Fertigungsstufe ausgeht und mithin einen höheren Arbeitsaufwand erfordert. Ähnlich liegen die Dinge auch bei der Ausfuhr. Man exportiert nicht unbedingt dann mit dem größten Nützeffekt, wenn man seine Produkte von der höchsten Fertigungsstufe weg, d. h. also nach Zusetzen der höchstmöglichen Arbeit exportiert.

Über die Zweckmäßigkeit einer Steigerung der Arbeitsintensivität entscheidet wieder bloß das relative Niveau der Arbeitsproduktivität. Erwünscht ist nur eine Ausweitung jener Produktionsphasen, in denen die ungarische Arbeitsproduktivität im Vergleich mit dem Weltniveau den höchsten Stand zu erreichen vermag. Es kann also auch der Fall eintreten, daß man die Ar-

beitsintensivität zweckmäßig durch Herabsetzung der Verarbeitungsphasen eines gegebenen Grundstoffes nicht nur nicht steigert, sondern im Gegenteil vermindert, wenn es sich herausstellen sollte, daß es unmöglich ist, in irgendeiner, beispielsweise in der letzten Verarbeitungsphase unsere beträchtliche Rückständigkeit in der Arbeitsproduktivität aufzuholen.

Die Erreichung der Fähigkeit einer wirtschaftlichen Verarbeitung auf höchster Stufe oder deren Beibehaltung setzt in derartigen Fällen die Durchführung technischer Maßnahmen (für gewöhnlich Investitionen) voraus, die sich zur Behebung der relativen Rückständigkeit eignen.

Ad 3. Die Änderung des Produktsortiments bildet vielleicht das bekannteste und nächstliegende Mittel zur Umstellung der Struktur. Allgemein bekannt sind jene Vorschläge, die da besagen, aus den zur Verfügung stehenden Roh- und Grundstoffen sollten wir in erster Linie Produkte erzeugen, die weniger materialbedürftig sind, in denen sich mithin ein verhältnismäßig hoher Anteil lebendiger Arbeit verkörpert, wir sollten also beispielsweise nicht Schiffe, sondern Instrumente bauen. Von den zur Erhöhung der Arbeitsintensivität geeigneten Methoden müssen wir auf diese dritte etwas ausführlicher eingehen.

Auf prinzipieller Grundlage kann man auch dieser These nicht ohne weiteres beipflichten. Läßt sich irgendein arbeitsintensiveres Produkt hierzulande mit höherer Produktivität erzeugen als anderwärts, dann muß ihm vor dem arbeitsintensiveren, jedoch nur mit geringerer Arbeitsproduktivität herstellbaren Produkt der Vorzug gegeben werden. Besteht kein Unterschied in der Arbeitsproduktivität, mit der verschiedene Produkte gefertigt werden können, dann gebührt demgegenüber jenem der Vorrang, der den höheren Arbeitsaufwand erfordert, ganz zu schweigen von jenen Fällen, in denen wir sowohl in der Arbeitsintensivität als auch in der Arbeitsproduktivität relativ voraus sind.

Die Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Vorteile. Die große Bedeutung dieser Arbeitsteilung liegt eben darin, daß jedes Produkt in jenem Lande des Lagers erzeugt werden kann, in welchem hierzu die günstigsten Voraussetzungen vorliegen. Es wäre durchaus falsch, diese Voraussetzung von der Frage der Arbeitsintensivität abhängig zu machen. Wollte irgendeines der sozialistischen Länder in seinem Streben nach möglichster Ausgestaltung eines arbeitsintensiven Sortiments den Stand der Arbeitsproduktivität nicht in Betracht ziehen, dann ließe es damit seine eigenen und die Interessen des gesamten sozialistischen Lagers außer Betracht.

Aber auch auf den kapitalistischen Märkten kann es uns keinen Vorteil einbringen, wenn wir arbeitsintensive Produkte eines in seiner Produktivität rückständigeren Industriezweiges exportieren. Zweifellos wächst bei der Ausfuhr weniger arbeitsintensiver Produkte der Rohstoffbedarf, ja gegebenenfalls

selbst der Bedarf an importierten Rohstoffen, doch werden wir diesen erhöhten Importbedarf zu besseren Bedingungen abdecken können, wenn wir ihn ohne jede Rücksicht auf die Arbeitsintensivität der betreffenden Produkte mit den Produkten eines relativ produktiveren Industriezweiges begleichen.

Die Richtigkeit dieser Feststellung läßt sich am anschaulichsten anhand jener Produkte nachweisen, deren Grundstoffe zur Gänze auf dem Importwege bezogen werden müssen. Exportieren wir Güter, die aus derartigen Grundstoffen mit hoher Produktivität erzeugt werden, dann bietet dies, selbst wenn der benötigte Arbeitsaufwand niedrig liegt, größere Vorteile, als wenn wir bei niedriger Arbeitsproduktivität noch so arbeitsintensive Güter erzeugen und ausführen. Bei der Betrachtung der Frage kann nämlich der importierte Rohstoff ruhig außer acht gelassen werden, da er doch — in Gestalt des veredelten Produktes — zur Wiederausfuhr gelangt. Es liegt also klar auf der Hand, daß die Frage der Wirtschaftlichkeit nur durch die Arbeitsproduktivität und nicht durch die Arbeitsintensivität des Sortiments entschieden wird. Ebenso einleuchtend ist es freilich auch, daß der Begriff der Arbeitsproduktivität keineswegs eng gedeutet werden darf, daß vielmehr auch die auf den Transport u. dgl. aufgewendete Arbeit in Betracht gezogen werden muß. Es kann durchaus vorkommen, daß der aus langen Transportwegen (und aus den mit diesem verknüpften hohen Transportkosten) herrührende Nachteil selbst durch eine noch so hohe Produktivität der inländischen Arbeit nicht ausgeglichen werden kann.

Auch wenn man die Deckung des Inlandsbedarfes betrachtet, bildet die Arbeitsproduktivität den entscheidenden Faktor, denn das relative Niveau der Produktivität bestimmt es, welche Menge inländischer Arbeit auf den Kauf eines allenfalls aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffes verwendet werden muß, ferner die Frage, welchen Arbeitsaufwand die Befriedigung des Inlandsbedarfes erfordert.

Einen nicht unbedeutenden Umfang hat auch jener Inlandsbedarf, den wir nur durch Verarbeitung von Rohstoffen zu decken vermögen, die aus kapitalistischen Quellen stammen. Wenn in solchen Fällen die Steigerung des inländischen Arbeitsaufwandes zu einer Verbesserung der Produktenqualität führt, und diese Qualitätsverbesserung mit dem aufgewandten Arbeitsplus in Einklang steht, dann kann der höhere inländische Arbeitsaufwand begründet sein, vorausgesetzt, daß ihn die Reallöhne und der Lebensstandard als zulässig erscheinen lassen.

Die Änderung der Arbeitsintensivität im zweiten Fünfjahrplan

Es soll nun des näheren untersucht werden, wie die Umstellung der industriellen Produktionsstruktur den Ausgangsdaten des zweiten Fünfjahrplanes gemäß die Arbeitsintensivität der Produktion beeinflussen wird.

(Im gegenwärtigen Abschnitt der Planungsarbeit lassen sich nur annähernde Berechnungen über die Änderung der Arbeitsintensivität anstellen.)

Die Änderung der Arbeitsintensivität wird für die in den Ausgangsdaten figurierenden Industriegruppen anhand der Arbeitslohnanteile untersucht. Diese Berechnung zieht die Strukturänderungen innerhalb der Industriegruppen im großen und ganzen in Betracht, ohne jedoch Anspruch auf eine höhere Genauigkeit erheben zu können, als sie der Arbeitsproduktivitätsplanung zugrunde liegt. Die Tatsache, daß wir mit Arbeitslöhnen statt mit Arbeitsmengen rechnen, verursacht keine ernstere Verzerrung, weil die Berechnung auf Grund unveränderter Arbeitslöhne erfolgt.

Der Lohnanteil, der in der ministeriellen Industrie 1960 im Durchschnitt 12,5 Prozent betrug, soll sich in der Struktur von 1965 — bei unverändertem Produktivitäts- und Lohnniveau — auf 12,2 Prozent stellen. Die spezifische Arbeitsintensivität sinkt also um 2,4 Prozent.

Die Ausgangsdaten für den zweiten Fünfjahrplan sehen demnach eine industrielle Struktur vor, in der die Arbeitsintensivität niedriger liegen wird als gegenwärtig. Das Absinken der Arbeitsintensivität kommt als Resultante vieler verschiedener Faktoren zustande. Den Voranschlägen zufolge bleibt die Entwicklung der Produktion in der am wenigsten arbeitsintensiven Lebensmittelindustrie zwar hinter dem Entwicklungsdurchschnitt zurück, doch gilt ein Gleiches auch für den Bergbau. Die Arbeitsintensivität in der chemischen Industrie, der in schnellster Entwicklung begriffenen Industriegruppe, liegt mit 8,3 Prozent wesentlich unter dem Durchschnitt. Als interessante Tatsache sei hier erwähnt, daß die Leichtindustrie hinsichtlich der Arbeitsintensivität unmittelbar auf den Bergbau, auf die Baustoffindustrie und auf die Eisenbahnreparatur folgt und vor der Maschinen- und der Hüttenindustrie rangiert; demgegenüber ist für die Leichtindustrie eine durchschnittlich langsame Entwicklung vorgesehen.

Die Genauigkeit der Untersuchung auf Grund der Lohnanteile ist aus mehreren Gründen beschränkt. Zum einen hängen die Lohnanteile der Industriegruppe auch vom Preissystem ab. Unser neues Preissystem weist zwar weniger Verzerrungen auf als das frühere, vermag aber dennoch kleinere Verzerrungen noch immer zu verursachen. Zum anderen stehen die Lohnanteile der einzelnen Industriezweige unter dem Einfluß der Akkumulation innerhalb des betreffenden Industriezweiges. (Dieser Umstand dürfte es sein, der beispielsweise die Arbeitsintensivitätsproportionen der Maschinen- und der Leichtindustrie verzerrt.) Zum dritten muß auch erwogen werden, daß die Indizes bis zur endgültigen Ausarbeitung des Planes noch Änderungen erfahren können. Freilich ist es wenig wahrscheinlich, daß all dies die Tendenz selbst beeinflussen würde. Als sicher darf es gelten, daß die Struktur, wie sie im endgültigen Plan festgelegt sein wird, keineswegs eine höhere Arbeitsintensivität aufweisen wird als die gegenwärtige.

Dies an sich bedeutet noch keinen Fehler. Im Gegenteil! Im Sinne unserer früheren Ausführungen kann es auf Grund sämtlicher Zusammenhänge des Planes wirtschaftlich sogar richtig sein. Und in der Tat, die unterdurchschnittlich langsame Entwicklung des Bergbaues genügt praktisch für sich allein zur Herabsetzung der durchschnittlichen Arbeitsintensivität der industriellen Struktur. Andererseits wäre die raschere Entwicklung des Bergbaues, vom Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit aus betrachtet, offenbar ungünstig, da die Produktivität in unserem Kohlenabbau, dem gewichtigsten Zweig unseres Bergbaues, als Folge der natürlichen Gegebenheiten auf einem besonders niedrigen Niveau verharret.

Die Erfahrungen, die bisher in Verbindung mit der Ausarbeitung des zweiten Fünfjahrplanes gemacht wurden, unterstützen gleichfalls die Auffassung, das Kriterium der Erweiterung der Arbeitsintensivität dürfe nicht fetischisiert werden, und die Arbeitsintensivität stelle keinesfalls eine geeignete Kategorie zur Bestimmung des wirtschaftlichen Optimums der Struktur dar.

Selbstredend wirkt sich das Absinken der durchschnittlichen Arbeitsintensivität auf den Beschäftigungsgrad aus, doch bleibt diese Auswirkung in mäßigen Grenzen. Der Arbeiterstand in der ministeriellen Industrie bewegt sich um 850 000, eine Änderung der Arbeitsintensivität um 1 Prozent bedeutet mithin die Beschäftigung von 8500 Personen. Würde also die Arbeitsintensivität nicht abnehmen, dann würde die ministerielle Industrie im Jahre 1965 um rund 20 000 Personen mehr beschäftigen als veranschlagt, eine Zahl, die bloß etwa 3 v. T. der im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerung, d. h. nur einem Bruchteil der mit dem Ansteigen der Arbeitsintensivität einhergehenden Personaleinsparung (richtiger der unterbleibenden Personalerhöhung) entspricht.

Die Erhöhung des Beschäftigungsgrades ist in erster Linie eine Frage des Grundfonds- und des Investitionsbedarfs und nicht des *Arbeitsbedarfs* der Struktur.

In dieser Beziehung bestehen zwischen den einzelnen Industriezweigen sehr große Unterschiede. Mit einem gegebenen Investitionsbetrag läßt sich in einzelnen Industriezweigen selbst ein zehnfach größerer Personalstand beschäftigen als in anderen Industriezweigen mit höherem Investitionsbedarf. Offenbar kommt dieser Erscheinung eine weit größere Bedeutung für den Beschäftigungsgrad zu als dem Unterschied in der Arbeitsintensivität, der auf Industriegruppen-Ebene — den Bergbau und die Lebensmittelindustrie mit ihren Extremwerten mit eingerechnet — zwischen 7 und 17,8 Prozent schwankt.

*

Die in den Richtlinien zum zweiten Fünfjahrplan zum Ausdruck gelangenden Zielsetzungen unserer Wirtschaftspolitik sind frei von jeder ein-

seitigen Betrachtungsweise. Ebenso muß bei der endgültigen Ausarbeitung des Planes in Übereinstimmung mit diesen Richtlinien vorgegangen werden. Die möglichst restlose Befriedigung des Bedarfs auf dem gegebenen Niveau sowie die Sicherung der richtigen Proportionen und der perspektivischen Entwicklung bilden objektive Forderungen. Die Niederlegung der Grundlagen des Sozialismus und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bilden je ein entscheidendes Kettenglied. Doch auch in diesem Rahmen bedarf es ständiger volkswirtschaftlicher Erwägungen, u. a. auch zur Ausgestaltung der industriellen Produktionsstruktur. Wir verfolgten in diesen Ausführungen das Ziel, zur Erleichterung dieser Erwägungen die häufigsten der hierbei auftauchenden Probleme zusammenzufassen.

Unter den untersuchten verschiedenen Optimalisierungskriterien steht unseres Erachtens das am Weltmaßstab gemessene Optimum der Produktivität unserer eigenen inländischen Arbeit an der ersten Stelle der Rangliste. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gehört auch den Richtlinien zufolge mit zu den grundlegenden Zielen. Dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ist gleichfalls dann am besten gedient, wenn wir in der Gewinnung des Anschlusses an das internationale Produktivitätsniveau möglichst große Fortschritte machen. Man wird deshalb die Ausgestaltung einer industriellen Produktionsstruktur anstreben, die im Vergleich zum Weltniveau das Optimum der Arbeitsproduktivität gewährleistet.

Daneben darf auch der Investitionsbedarf der Struktur keinesfalls übersehen werden. Dieser Gesichtspunkt ist außer wegen der Endlichkeit der Kraftquellen auch wegen der Erhöhung des Beschäftigungsgrades zu erwägen. Ihm kommt im Hinblick auf die Arbeitskräfte, die mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft frei werden, eine besondere Bedeutung zu. Wir waren jedoch bemüht zu beweisen, daß die auf die Schaffung eines Arbeitsplatzes entfallenden Kosten selbst vom Gesichtspunkt des Beschäftigungsgrades nicht unbedingt entscheidend sind.

Die Herabsetzung der Material- und in erster Linie der Importmaterialbedürftigkeit auf ein Minimum bildet, im Grunde genommen, nicht so sehr ein wirtschaftliches Problem, als vielmehr eine Frage der Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Lagers und eine Frage der Bezugsmöglichkeiten. Gibt es derartige Möglichkeiten, dann wird man zweckmäßig nicht den Import drosseln, sondern die wirtschaftliche Ausfuhr steigern. Mangels Bezugsmöglichkeit stehen wir natürlich einer einschränkenden Bedingung gegenüber, die nicht außer acht gelassen werden darf.

Durchaus verfehlt wäre es aber — wie wir dies in erster Linie zu beweisen wünschten —, die Steigerung der Arbeitsintensivität der Produktionsstruktur auf ein Maximum als grundlegendes Ziel zu betrachten. Die Erhöhung der Arbeitsintensivität um jeden Preis ist unvereinbar mit den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit. Diese Feststellung steht nicht im Widerspruch zu

dem sonst richtigen Bestreben, nach Tunlichkeit neuzeitliche und möglichst komplizierte Arbeit beanspruchende Produkte in zunehmendem Umfang herzustellen, wenn uns dies unsere Gegebenheiten auf einem geeigneten Produktivitätsniveau gestatten. Die einseitigen Anschauungen über die Notwendigkeit einer Steigerung der Arbeitsintensivität unter Außerachtlassung der außerordentlichen Bedeutung der Arbeitsproduktivität sind jedoch schädlich.

Schließlich möchte ich bloß noch hinzufügen: Wirtschaftliche Entscheidungen erfordern weitblickende Voraussicht, und es genügt durchaus nicht, sie lediglich auf Grund unserer eigenen Möglichkeiten zu treffen. Unsere Möglichkeiten müssen wir im Spiegel der voraussichtlichen Tendenzen der internationalen Entwicklung und in ihren Zusammenhängen mit diesen prüfen.

Prof. Dr. J. WILCSEK, Budapest, VI. Bajcsy-Zsilinszky u. 33.